



STELLUNGNAHME zum Antrag		Vorlage Nr.:	2018/0047	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion		Verantwortlich:	Dez. 3	
Angebot an Geburtsvorbereitungskursen und Wochenbettbetreuungen fördern				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	20.03.2018	16	x	

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung betrachtet die Erhöhung des Zuschusses an Pro Familia für eine zusätzliche 50 Prozent-Stelle für eine Familienhebamme als fachlich sinnvoll. Im Haushaltsjahr 2018 stehen die dazu erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung. Eine Aufnahme in den Entwurf des Doppelhaushalts 2019/20 ist aktuell nicht vorgesehen. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/20 gegebenenfalls erneut aufzurufen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages (bitte ankreuzen)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	nein	x	ja		
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
<u>Ergebnis-HH 2019</u> 38.350 €	keine	<u>Ergebnis-HH 2019</u> 38.350 €		<u>Ergebnis-HH 2020 ff</u> 38.350 €	
Haushaltsmittel stehen in voller Höhe zur Verfügung Kontierungsobjekt: PSP-Element: 1.500.36.30.02 Kontenart: 43310000 Ergänzende Erläuterungen: Haushaltsmittel sind im Rahmen des DHH 19/20 zu berücksichtigen.					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Wählen Sie ein Element aus.
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit

1. Als Ergänzung den zu den Maßnahmen der Frühen Prävention erhöht die Stadt den Zuschuss an Pro Familia, um eine zusätzliche 50%-Stelle für eine Familienhebamme schaffen zu können.

Die Auslastung der Familienhebammen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dies ist zum einen durch die erfreuliche Zunahme der Geburten zu erklären, aber auch durch die angespannte Hebammenversorgung in Karlsruhe und bundesweit. Eine Erhöhung der Personalressourcen bei den festangestellten Familienhebammen kann die Versorgungssituation von Familien in Belastungssituationen mit Kindern zwischen 2 und 12 Monaten verbessern. Das Fachwissen von Familienhebammen ist gerade in diesem Lebensalter besonders gefragt. In vielen Fällen findet auch ein fachlicher Austausch mit dem Sozialen Dienst der Stadt statt. Die Schaffung einer zusätzlichen 50%-Stelle wird befürwortet. Die mögliche Verteilung und Ansiedlung wird in Kooperation und Absprache mit den beteiligten Trägern vorgenommen. Die Arbeitsplatzkosten für eine 50% Stelle (E9) liegen bei 38.350€/Jahr. Diese Mittel können nicht über das Bundesförderprogramm Frühe Hilfen finanziert werden, da dieses Programm schon voll ausgeschöpft ist.

Im Haushaltsjahr 2018 stehen die dazu erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung. Eine Aufnahme in den Entwurf des Doppelhaushalts 2019/20 ist aktuell nicht vorgesehen. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat den Antrag in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/20 gegebenenfalls erneut aufzurufen. Für die Umsetzung der Maßnahme sind zu gegebener Zeit Mittel bereit zu stellen.

2. Die Stadtverwaltung unterstützt selbstständige Hebammen, die einen Geburtsvorbereitungskurs anbieten wollen, bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in möglichst vielen Stadtteilen und beteiligt sich ggf. an den Mietkosten.

Derzeit ist die Förderung von Kinder- und Familienzentren in Planung. Kinder- und Familienzentren könnten in Zukunft auch Orte für Geburtsvorbereitungskurse sein, hierdurch ist eine flächendeckende Versorgung theoretisch möglich. Das Kinderbüro der Stadt Karlsruhe steht in engem Kontakt zum Hebammenverband und vermittelt nach Möglichkeit bereits freie Räume. Für einen Mietkostenzuschuss besteht keine Grundlage. Die Bemühungen der Stadt Karlsruhe sind auch hier durch die Zahl der Hebammen limitiert.

3. Die Stadt setzt sich bei den Karlsruher Geburtskliniken nachdrücklich für den Ausbau der Angebote an Geburtsvorbereitungskursen ein.

Das Städtische Klinikum hat in der Vergangenheit bereits deutliche Bemühungen getätigt und das Angebot ausgebaut, um die Situation zu verbessern. Auch die anderen Kliniken zeigen hier bereits Engagement und nehmen die Bedarfslage wahr. Der limitierende Faktor ist auch hier das begrenzte Personal.

4. Sollten bei finanziell bedürftigen Familien (Karlsruher Pass-Empfänger*innen) die Kosten für die Teilnahme des werdenden Vaters am Geburtsvorbereitungskurs nicht oder nur teilweise von der Krankenkasse übernommen werden, so werden diese abzüglich eines eventuellen Erstattungsbetrages durch die Stadt finanziert.

Dem Jugendfreizeit- und Bildungswerk ist kein Bedarf bei den Karlsruher Familien bekannt. Daher wird hier kein Handlungsbedarf gesehen.